

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

18.5.1929 (No. 114)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amen,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einj. 32,50 RM. - Einzelnummer 10 Pf. - Samstags 15 Pf. - Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Abat, der als Kasierarbeit gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Künstliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechn. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitragsung, und Kontostornieren füllt der Kasier fort. Erfüllungsort Karlsruhe. - Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hal der Infrent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. - Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. - Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Künstliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

„Graf Zeppelin“ bei Toulon notgelandet

Kurbelwellenbrüche bei den Motoren
Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ mußte Freitag abend 10 Uhr auf dem Flugplatz von Cuers-Pierrefeu bei Toulon landen, nachdem es infolge der Motorenstörungen nicht mehr gegen den Nordsturm aufkommen konnte und von Valence ab wieder südlich abgetrieben worden war. Die Landung erfolgte mit Hilfe von französischem Militär nach einigen Schwierigkeiten. Das Luftschiff wurde in die dortige Halle gebracht, die seinerzeit das an Frankreich ausgelieferte deutsche Luftschiff „Dignauden“ beherbergt hatte. Man rechnet, daß 8 Tage bis zur Ausbesserung der Motoren vergehen werden. Der Luftschiffbau Friedrichshafen hat dem französischen Luftfahrtministerium für die geleistete Hilfe gedankt.

Dem Vertreter der Agentur Havas erklärte Dr. Edeker, der in einem Hotel in Toulon abgetiegt ist, folgendes: Niemand habe ich eine so schwierige Fahrt gehabt. Ich bin außerordentlich befriedigt von der tadellosen Landung. Die Anordnungen, die ich in deutscher Sprache gab, wurden unten auf der Erde französisch überföhrt und mit einer gerabau beunruhigenden würdigen Präzision ausgeführt.

Dr. Edeker gab über die Motorschäden folgende Einzelheiten: Der erste Unfall (Bruch einer Kurbelwelle) hat sich ereignet, als der Zeppelin sich über Spanien befand. Drei andere Kurbelwellen lockerten sich nach und nach. Als man nur noch über einen Motor verfügte, sah Dr. Edeker den Beschluß, zurückzukehren und in Richtung Rhonemündung zu fliegen.

Einer der Mechaniker erklärte einem Havasvertreter: Als der erste Motor über Spanien aussetzte, ließ man die übrigen 4 Motoren schneller laufen. Bald jedoch stellten sich auch bei einer anderen Maschine Anzeichen der Überbeanspruchung ein. In diesem Augenblick wurde beschlossen, umzukehren. Nur ein einziger Motor ist intakt geblieben. Heute nachmittag hat uns der sehr heftige Wind abgetrieben. Ich muß ausdrücklich erklären, daß wir niemals in ernstester Gefahr waren.

Wie Havas aus Toulon berichtet, erwartet Dr. Edeker Erleichterung, die er in Friedrichshafen angefordert hat. Er sei der Ansicht, daß der Zeppelin etwa 8 Tage in der Halle von Pierrefeu verbleiben müsse.

Ungeläute Ursachen der Svarie

W.D. Friedrichshafen, 18. Mai. (Tel.) Die Kurbelwellenbrüche gleichzeitig bei zwei Motoren werden hier in Fachkreisen als technisches Rätsel bezeichnet. Es müßten vollkommen unbekannte Einwirkungen vorgelegen haben; denn weder von einer übermäßigen Beanspruchung auf der Fahrt noch von einem Konstruktionsfehler könne hier die Rede sein. Die Motoren hatten eine so strenge Prüfung hinter sich, wie es bei der Abnahme von Luftfahrzeugmotoren noch nie der Fall war. Es müßten bei den jetzt aufgetretenen Störungen Vorgänge mitgewirkt haben, die für den Fachmann vorläufig ganz unerklärlich sind.

Die Wanderausstellung und die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft

4. bis 9. Juni in München
Die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft, die in der Münchener Wanderausstellung (4. bis 9. Juni) diesmal hauptsächlich mit dem Lande Bayern in nahe Berührung tritt, hat in den nunmehr 43 Jahren ihres Bestehens die ihr durch ihren Gründer Max Cohn gestellte Aufgabe verfolgt, auf gemeinsamer Grundlage unter Ausschluß aller politischen Bestrebungen die Technik der Landwirtschaft zu fördern.

Die Arbeit der Gesellschaft hängt sich in erster Linie auf die ehrenamtliche Mitarbeit ihres Mitgliederkreises, der zur Zeit über 42 000 Personen umfaßt. Von ihnen haben sich rund 1200 als unmittelbare Mitarbeiter in den Ausschüssen und Sonderausschüssen zur Verfügung gestellt. Der Mitgliederbestand, der sich in den letzten sieben Jahren verdoppelt hat, verteilt sich auf das ganze Deutsche Reich. Erfreulicherweise hat sich ihm besonders im letzten Jahrzehnt in zunehmendem Maße auch der kleinere Besitz hinzugesellt. Der Mitgliedsbeitrag ist nach Besitzgröße gestaffelt und verhältnismäßig niedrig. Er beträgt jährlich für Landwirte auf einer landwirtschaftlich genutzten Fläche bis 27 Hektar 7 RM., über 25 bis 50 Hektar 13 RM., über 50 bis 75 Hektar 18 RM., über 75 bis 100 Hektar 23 RM. Sämtlichen Mitgliedern steht das Recht zu, an den Versammlungen teilzunehmen und sich der Geschäftsstellen zum Bezuge von Betriebsmitteln und zur Beratung in allen landwirtschaftlichen Fragen zu bedienen. Alle Mitglieder erhalten unentgeltlich die „Mitteilungen“, deren wertvoller Inhalt sich der Anerkennung weitest Kreise erfreut. Außerdem berechtigt der Besitz der Mitgliedskarte zu freiem Eintritt in die Wanderausstellung. Schon durch diesen freien Eintritt macht sich der Mitgliedsbeitrag zu erheblichem Teil bezahlt.

Es liegt darum vollauf im Interesse jedes, auch des kleineren Landwirts, sich diese Vorteile zunutze zu machen und damit gleichzeitig die Arbeit dieser großen Organisation stützen zu helfen. Anmeldepapiere stehen auf Wunsch bei der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, Berlin SW 11, Dessauer Straße 14, zur Verfügung.

Verhandlungen im Reichsbahnlohnkonflikt am 24. Mai.
Nach dem „Welt. Tageblatt“ endeten die Besprechungen der Reichsparteien im Reichsbahnlohnkonflikt, unter dem Schlichter Dr. Wölkers damit, daß beschlossen wurde, am 24. Mai, vormittags 11 Uhr, im Reichsarbeitsministerium noch einmal zusammenzukommen. In der Zwischenzeit wird jede Partei vier Vertreter ernennen, damit, wenn in den neuen Verhandlungen keine Einigung erzielt wird, sofort eine Schlichtungskammer eingesetzt werden kann.

Letzte Nachrichten

Die Presse bei der I.-G.-Farben

Kunstabwäger und Kunstbenzin
D.3. Ludwigshafen a. Rh., 18. Mai. Etwa 100 Pressevertreter aus ganz Deutschland fanden sich gestern morgen vor dem Haupttor des Ludwigshafener Werkes der Bad. Anilin- und Sodafabrik zusammen, um auf Einladung des Vorstandes der Werke Ludwigshafen und Oppau zu besichtigen. Im Verwaltungsgelände des Oppauer Werkes begrüßte Direktor Dr. Krauß im Namen des Vorstandes die Gäste und machte mit den Zielen des Besuches bekannt: Einiges zu zeigen von den Problemen der künstlichen Düngemittel und der Kohlenverflüchtigung, einen Einblick in die verschiedenen wissenschaftlichen Laboratorien des Unternehmens zu gewähren und zum Schluß die Erfolge aller dieser Arbeiten in der Versuchsanstalt Limburgerhof praktisch festzustellen.

Der Rundgang dauerte mit kurzer Unterbrechung 7 Stunden. Das Werk Oppau, noch in trauriger Erinnerung von der verhängnisvollen Explosion im September 1921, ist das Hauptwerk der Stickstoffherstellung. Oppau erzeugt zur Zeit 130 000 Tonnen Stickstoff im Jahr. 11 250 Arbeiter und Angestellte sind im Oppauer Werk tätig. Sehr interessant waren die kurzen Augenblicke, die dem Besuche der verschiedenen Forschungslaboratorien gewidmet wurden.

Dann ging es nach Ludwigshafen, wo noch eine Stunde der Besichtigung der Veredlungsprozesse von Kohle, Teer und Erdöl gewidmet wurde. 70 000 Tonnen synthetisches Benzin werden jetzt jährlich im Leunaer Werk hergestellt, aber Deutschlands Benzinverbrauch ist damit nur zu einem Zwölftel gedeckt. Am Nachmittag wurde die Gutsverwaltung Limburgerhof besichtigt, wo die Vorteile, welche die Landwirtschaft von der Entfischung der Luftstickstoffindustrie hat, praktisch überprüft wurden.

Zur Lage in Kanton

W.D. London, 18. Mai (Tel.) „Times“ berichtet: Widersprechende Meldungen sind über die Lage in Kanton im Umlauf. Die Nachrichten aus Hongkong besagen, daß die Kantontuppen Erfolge an ihrer Front davongetragen haben. Aus Peking kommt jedoch der Bericht, daß die Kwangsi-Truppen Kanton besetzt haben.

Das preussische Konkordat

Das preussische Staatsministerium hat den endgültigen Konkordatsentwurf verabschiedet. Die Vorlage geht nunmehr auf dem diplomatischen Wege nach Rom. Sollte der Papst den Konkordatsentwurf ablehnen, so käme eine Vorlage an das Parlament nicht in Frage. Sollte er zustimmen, so wäre für die Verabschiedung in Preußen Zweidrittelmehrheit erforderlich, was aber die Frage der Regierungserweiterung besonders aktuell werden läßt. Nach einer Meldung des „Sozialdemokratischen Pressebüros“ ist die Schule in den Vertragsentwurf nicht einbezogen. Verhandlungen mit dem evangelischen Kirche über ein ähnliches Abkommen sind bisher offiziell nicht geführt.

Saargas und Heloga

Die von den Saarern gegründete Ferngas-Gesellschaft Saar m. b. H. erklärt zu der Denkschrift des Vorstandes der Heloga (Heftische Kommunale Gasversorgung) daß die Saar weder zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert, noch nach Abgabe des Angebotes im August 1928, das freier Initiative entsprang, um irgendwelche Auskünfte angegangen worden sei. Der Heloga-Vorstand hätte die Pflicht gehabt, mit Verhandlungen die Möglichkeit zu einer einmündigen und abschließenden Beurteilung des Saargebietes zu schaffen. Dagegen hätten die anderen Versorgungsinteressenten wiederholt Gelegenheit gehabt, ihr ursprüngliches Angebot nach Rücksprache mit den Mitgliedern des Vorstandes zu verbessern und zu vertiefen. Damit fehle aber die Berechtigung, das Saargebiet in eine Linie mit den anderen Angeboten zu stellen, die das Ergebnis zahlreicher Verhandlungen sind. Nach Mitglieder werden die Saartohlenpreise keine Erhöhung, sondern ungünstigenfalls eine Angleichung an die Ruhrkohlenpreise erfahren. Selbstverständlich wäre die Saar bereit gewesen, entsprechende Garantien nach dieser Richtung hin zu geben. Die Annahme der Denkschrift, daß der Angebotspreis von 4 Pf. wegen einer später zu erwartenden Preissteigerung auf 5,05 Pf. pro Kubikmeter erhöht werden müsse, bedeutet, daß allein aus diesem Grunde das Saargebiet mit 1,05 Pf. zu hoch eingeseht ist.

Die Saar hat im November vergangenen Jahres der Süddeutschen Gasgesellschaft in Frankfurt ein Angebot gemacht, in dem sie auf Grund von Zugeständnissen der Gas liefernden Süddeutschen den Preis einer Lieferung von 80 Millionen Kubikmetern frei Worms bereits auf 3,8 Pf. senken konnte. Es ist selbstverständlich, daß dieser Preis auch für eine Lieferung an die Heloga Anwendung fände. Die Saar ist bereit, die Lieferung in der gleichen Weise zu garantieren, wie dies von irgendeinem anderen Ferngaslieferanten oder von einer lokalen Erzeugungstätte geschehen kann. Auch in der Frage des Heizwertes wäre die Saar bereit gewesen, über die im Angebote angegebenen 4300 Wärmeinheiten hinaus einen Heizwert von 4500 Wärmeinheiten wie die Ruhr zu gewährleisten, und wenn die Heloga ein Interesse an einem noch höheren Heizwerte geäußert hätte, diesen bei gleichen Preisen sogar auf 4900 Wärmeinheiten zu steigern.

Die Verhandlungsmöglichkeiten mit der Saar würden somit nicht ausgeschöpft, und eine erneute Frörterung des Saargebietes liege nicht zuletzt auch im Interesse der Heloga.

* Zur politischen Lage

Die Gläubiger beraten unter sich

Nachdem in der verfloffenen Woche der Schlußbericht der Sachverständigenkonferenz von den beiden Herren Stamp und Dr. Schacht im Entwurf fertiggestellt worden war, hat der Vorsitzende der Konferenz, Herr Young, diesen Bericht, der bekanntlich auch die deutschen Vorbehalte umfaßt, den Delegierten der Gläubigerstaaten übermittlelt. Das war der einzig vernünftige Weg. Denn da die deutsche Delegation und die Amerikaner ja im wesentlichen mit den Einzelheiten des Schlußberichtentwurfes einverstanden sind, kommt es jetzt lediglich darauf an, daß ihm auch die Gläubigerstaaten zustimmen.

Diese Beratungen der Gläubiger sind zur Zeit im Gang. Heute fand eine Sitzung statt, und am Montag soll wieder eine stattfinden. Begreiflicherweise spielen die deutschen Vorbehalte in diesen Beratungen eine besondere Rolle. Wenn es allein nach den Wünschen der Gegenseite ginge, würde der Hauptteil dieser Vorbehalte sicherlich abgelehnt werden. Aber wie man hört, wird die deutsche Delegation unbedingt an diesen Vorbehalten festhalten. Auch heute wird wieder betont, es sei unter keinen Umständen damit zu rechnen, daß an den Vorbehalten irgendwelche Abstriche vorgenommen werden können. Und zwar gehöre auch die Forderung nach dem Verschwinden sämtlicher Kontrollpänder zu den Bedingungen, die Deutschland als unerlässlich bezeichnen muß.

Wir wollen nur hoffen, daß die Delegierten der Gläubigerstaaten diesmal auch wirklich an die Festigkeit unserer Vorfäße glauben. Der bisherige Verlauf der Konferenz, vor allem das Zugeständnis in bezug auf die Höhe der Annuität, hat die Meinung der Gegenseite, rüchichtslos zu viel zu verlangen, zweifellos verstärkt. Gerade weil wir mit der Höhe der Annuität schon über die Grenze unserer Leistungsfähigkeit hinausgingen und einseitigen kein einziger, erst zu nehmender Wirtschaftspolitiker in Deutschland behaupten wird, daß wir im Durchschnitt 2,05 Milliarden Reichsmark pro Jahr für Reparationen aufbringen können, gerade, weil dem so ist, müssen wir bei unserer Forderung beharren, daß uns im schlimmsten Falle ein Moratorium gewährt werden kann, und daß unter Umständen auch von Deutschland eine Revision des Gesamtzahlungsplanes beantragt werden darf. Nur unter dieser Bedingung, nur mit diesem Vorbehalt kann Deutschland den Vorschlag unserer Delegation als eigene Verpflichtung übernehmen.

Die 500-Millionen-Anleihe

Wie ernst die finanzpolitische Situation Deutschlands ist, zeigt am besten die Auflegung der steuerfreien Reichsanleihe von 500 Millionen. Man weiß, welche Zwangslage es war, die die Reichsregierung zur Einbringung des betreffenden Anleihegesetzes veranlaßte. Infolge der unzuverlässigen Finanzwirtschaft der letzten Jahre und infolge der durch den kalten Winter bedingten außerordentlichen Belastungen durch die Arbeitslosenversicherung hatte sich ein Zustand ergeben, der die Reichsregierung zwang, die Reichskasse durch kurzfristige Anleihen bei den Banken aufzufüllen. Das war nicht nur ein unwürdiger Zustand, sondern es war auch eine sehr kostspielige Methode. Diesem Zustand mußte ein Ende bereitet werden. Und allein die Einsicht, daß es so, wie in den letzten Monaten, um keinen Preis weiterging, hat die Reichsregierung bewogen, die Bewilligung einer Reichsanleihe vom Parlament zu fordern. Die Mehrheit des Parlaments, das heißt die an der Regierung beteiligten Parteien, haben sich auch ihrerseits jener Einsicht nicht verschließen können. So ist das Anleihegesetz angenommen worden. Unter sehr schweren Bedenken, Bedenken, die so groß waren, daß sich eine erhebliche Anzahl von Abgeordneten der Regierungsparteien von der Abstimmung fernhielt.

Die Bedenken sind in der Hauptsache folgende: zunächst die ganz außergewöhnliche Bevorzugung der Anleihegelder, eine Bevorzugung, welche andere Papiere, die gleichfalls öffentlichen Interessen dienen, benachteiligen muß. Zweitens die Tatsache, daß gerade die kapitalkräftigen Zeichnungslustigen bei den Anleihebedingungen in einem ganz außergewöhnlichen Maß bevorzugt werden. Und drittens die wirtschaftspolitisch sehr bedenkliche Tatsache, daß die 500 Millionen, wenn sie aufgebracht werden, doch zum großen Teil der Wirtschaft entzogen werden, welche mit einer sehr schweren Krise zu kämpfen hat und dringend Kapitalisten benötigt.

Hoffentlich werden die 500 Millionen durch Zeichnung aufgebracht werden können. Zunächst hat das Reichsfinanzministerium beschlossen, erst einmal 300 Millionen aufzulegen. Und ebenso hoffen wir, daß hauptsächlich Kapital aus dem Ausland bei der Zeichnung hereinströmen möge. Auslandskapital hereinzubekommen, war ja das Motiv, das in erster Linie die Ausstattung dieser Anleihe mit so außerordentlichen Vorzugsrechten hervorrief.

Die Kämpfe in China

Die inneren Kämpfe in China dauern an. Zuerst schien es so, als ob es den Kwangsitruppen rasch gelingen würde, Kanton zu erobern. Anscheinend hat es aber dort einen Rückschlag gegeben. Ja, die Kantonesen mußten von einem großen Sieg über ihre Gegner zu melden. Neuerdings heißt es wieder, daß die Kwangsitruppen Kanton immer enger eingeschlossen hätten, und daß mit dem Fall dieser wichtigen Stadt jeden Tag zu rechnen sei.

Noch bedeutender ist eine andere Meldung, nach welcher sich eine große Aktion gegen die Zentralregierung in China, die Regierung in Nanjing, mit ihrem Oberhaupt Tschiangkaifschek vorbereite. Die Erfolge der Kwangsitruppen und die gefährliche Neutralität des Marschall Feng sind zwei Momente, die schon allein für sich für Nanjing sehr ernste Folgen zeitigen könnten. Ein genaues Urteil über die Lage vermögen wir uns in Europa sehr schwer zu bilden, da die Entfernung vom Schauplatz der Ereignisse zu weit ist und die Korrespondenten der Blätter im allgemeinen nur sehr unzulänglich unterrichtet sind. Die Weichen in China glauben Vorgänge zu sehen und ziehen daraus ganz bestimmte Schlüsse. Ferner stellt sich aber sehr oft heraus, daß diese Vorgänge eine ganz andere Bedeutung hatten, und daß das wirklich Entscheidende dem Auge des fremden Betrachters verborgen geblieben ist.

Die Finanzierung des Wohnungsbaus

Reichsrichtlinien

Der Wohnungsausschuß des Reichstages hat jetzt den Reichsrichtlinien für die Finanzierung des Wohnungsbaus zugestimmt.

Danach soll die öffentliche Hand auch weiterhin bei der Finanzierung der großen Mehrheit der zu erstellenden Wohnungen mitwirken. Ihre Beteiligung darf aber nur unter der Bedingung erfolgen, daß die zu bauenden Häuser den in den Richtlinien aufgestellten Erfordernissen entsprechen, vor allem daß die Mieten den Einkommensverhältnissen der breiten Masse der arbeitenden Bevölkerung angepaßt sind. Im allgemeinen sollen die Mieten so bemessen sein, daß sie 15 Proz. des Einkommens der linderreichen Familien nicht übersteigen. Die öffentlichen Mittel sollen so bereitgestellt werden, daß eine möglichst gleichmäßige und angemessene Verteilung der Bauvorhaben und der Bauausführung über das ganze Jahr gewährleistet wird. Für alle aus besonderen Steuerermitteln gewährten Hypotheken, vor allem für die Hauszinssteuerhypotheken, ist festzulegen, daß die rückfließenden Zinsen und Tilgungsbeträge wieder ausschließlich für Zwecke des Wohnungsbaus über der Siedlung zu verwenden sind. Die Länder und Gemeinden haben alljährlich der Reichsregierung einen Bericht über die Höhe der rückfließenden Beträge vorzulegen.

Bis zur endgültigen Finanzierung der Bauvorhaben durch Beschaffung von hypothekarischen Dauerdarlehen ist die Aufbringung von öffentlichen Mitteln durch Gewährung von Bürgschaften der öffentlichen Hand beizubehalten. Als Ziel soll angestrebt werden, daß das volle Aufkommen der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau verwendet wird.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen sollen am 27. oder 28. Mai wieder aufgenommen werden.

Ablehnung einer Amnestieforderung estländischer Autonomen. Savas meldet aus Stralsburg: Der Generalrat des Departements Oberelb hat mit 17 gegen 14 Stimmen bei einer Enthaltung einen Antrag der autonomen Generalratsmitglieder, der eine Amnestie der im Colmarer Prozeß verurteilten Autonomen fordert, abgelehnt. Der Präses hatte vorher vergeblich gegen die Erörterung dieser Entscheidung Einspruch erhoben, unter der Begründung, daß es sich um eine Entscheidung politischer Charakter handle.

Badische Hochschule für Musik

Anläßlich der Erhebung des vormaligen badischen Konjunktionsministeriums zur Hochschule und der Überführung in das neue Heim — über die zweckmäßige Verwendung der jetzt an der Kriegsstraße erworbenen Räume ist hier schon wiederholt gesprochen worden — fand ein Festkonzert statt, zu dem sich eine überaus stattliche Zahl eingeladener Musik- und Kunstfreunde eingefunden hatte. Der festlichen Gelegenheit gemäß trug auch das umfangreiche Programm einen durchaus feierlichen Charakter sowohl hinsichtlich der von früheren Aufführungen her schon bekannten Instrumentalwerke wie besonders bei den ausgewählten Vokalstücken. Die aus klassischer Literatur bestehende Vortragsfolge war zudem so zusammengestellt, daß man sich über die artistischen Verhältnisse des neuen schönen Konzertsaales im ehemaligen Palais Büchlin nach jeder Richtung hin orientieren konnte. Vor allem scheinen die Hanglichen Bedingungen sehr günstig für mehrstimmige Gesänge, nicht nur die verschiedenen vom Kammerchor der Anstalt vorgetragenen Madrigale aus dem 16. Jahrhundert erzielten eine starke Wirkung, fast mehr gefiel der zum Schluß gefungene gemischte Chor „Am freud euch, liebe Christen gemein“ von Pratorius, wobei zur Auffstellung der zwei notwendigen Chöre das Treppenhaus mitbenutzt wurde. Daß einige der vorangegangenen Werke von Händel, Mozart und Bach etwas dumpf klangen, mochte seine Ursache wohl auch in der Überfüllung des Saales haben, ebenso wie die unangenehme Temperatur, die allmählich in dem vorläufig amheimlich noch schlecht zu ventilierenden Raum herrschte. Als Ausführende waren fast sämtliche Lehrkräfte mit Direktor Franz Philipp als musikalischen Gesamtleiter beteiligt, so u. a. Helene Junker, Dr. F. Junker, Georg Mantel, Josef Reischer, G. F. Panzer, Josef Schell und Paul Krautwetter. Außerdem wirkten das Kammerorchester der Hochschule und deren gemischter Chor (unter der Leitung Heinrich Cassimirs) mit.

Das Karlsruher Kindersolbad in Donaueschingen

Von Stadtoberinspektor Bobfeld, Geschäftsführer des Vereins Jugendhilfe

Als vor kaum Jahresfrist am 17. Juni 1928 die Hammer schläge auf dem Grundstein des Karlsruher Kindersolbades Donaueschingen erklangen, begleitet von den treffenden Gegen sprüchen der bei der Grundsteinlegung versammelten Ehrengäste und Mitarbeiter, dachte wohl niemand, daß nach so kurzer Zeitpanne der Grundstein den fertigen Bau tragen werde. Mächtig und schlicht steht der Bau heute auf sonniger Höhe der Saar, mit Blick auf die Berge des Hegau und Schwarzwaldes. In blauer Ferne zeigen sich bei klarer Sicht die schneeblühenden Alpen.

Doch zurück zum Solbadbau, zum Heim der Kinder und den fürsorglichen Einrichtungen, die zur Befundung und Kräftigung unserer schwachen, blutarmen und strotzenden Jugend getroffen wurden.

Der mit der Hauptfront nach Süden, 735 m ü. d. M. liegende 60 m lange Bau macht mit seinen schlichten, in schönem Gleichmaß sich darbietenden architektonischen Formen auf den Zuschauer einen wohlthuenden und imposanten Eindruck. Die in blauen Marmor ausgeführten Fassaden und das in einfacher Form gehaltene Ziegeldach fügen sich sehr harmonisch in das Landschaftsbild ein. Der Bau ist zweifach mit einem Untergeschoß. Das Gebäude ist entsprechend der gleichzeitigen Verlegung mit Knaben und Mädchen in zwei Abteilungen getrennt.

Im Untergeschoß liegt im Mittelbau die geräumige Küchenanlage. Durch das Untergeschoß führt auch der Verkehr der Kinder. Die Kinder gelangen zunächst in die neben dem Eingang liegenden Schulkäume. Hier werden die schmutzigen Schuhe mit den Hauschuhen gewechselt. An der Südseite des Untergeschoßes liegen die Bäder, getrennt für Knaben und Mädchen. Ein großes Brausebad sowie die Solbadräume mit den Holzbadewannen und praktischen Stabmischbatterien zur Verabreichung von Solbädern. Bei den Bäderräumen sind besondere Auskleideräume. Im Untergeschoß sind ein Waschkraum und die Wohnung des Hausmeisters. Weiter befinden sich dort die Lebensmittelvorratsräume.

Das hochliegende Erdgeschoß dient in der Hauptfrage dem Tagesaufenthalt der Kinder, sechs helle, luftige Tagräume und besondere Liegehallen bieten hinreichend Platz für den Kur- und Spielbetrieb. Im Mittelbau liegen zwei Speisefäle, die nach Zusammenlegung der sie trennenden Harmonitawand zu einem Vortrags- und Festsaal vereinigt werden können. Im Obergeschoß liegen die großen sonnigen Schlafräume und weitere Liegehallen, Westseite für Knaben, Ostseite für Mädchen. Ferner sind hier ein Zimmer für die die Nachtwache ausübende Schwester, Isolierzimmer für vorübergehend unpolische Kinder, Wohnung der Oberin und Schwesterzimmer. Einen besonders günstigen und hygienischen Eindruck machen die gemeinsamen Waschräume für die Kinder. Die Wände sind mit azurblauen Wandplatten verkleidet. Das Dachgeschoß, dessen Ausbau ursprünglich der Kostenersparnis wegen nicht vorgesehen war, hat nun doch aus zwingenden Gründen einige Zimmer für das Personal und Gäste erhalten.

Die Ausstattung aller Räume ist einfach und den Anforderungen der Hygiene entsprechend gehalten. Die Fußböden haben auf Gipfelputz Linoleumbelag. In allen Räumen und in den Treppenhäusern wurde auf Sodalhöhe Wandlinoleum angebracht. Wenn man im Hause, um Kosten zu sparen, auf jede raumhünstlerische Ausschmückung verzichten mußte, so wurde aber dem Speisesaal als Versammlungs- und Festraum der Anstalt ein gediegener und würdiger Ausbau zuteil. Der Saal ist ganz mit Holz vertäfelt, ein schöner Wandbrunnen der Tonwerke Kandern von Professor Länger ist darin ein besonderer Schmuck.

Die Stadt Donaueschingen hat in entgegenkommender Weise eine circa 3 km lange Soleleitung sowie einen Solebehälter aus Eisenbeton auf eigene Kosten erstellt, um bei Betriebsstörungen und Rohrbrüchen immer einen größeren Solevorrat zu haben. Die Einrichtungsgegenstände sind praktisch und zweckentsprechend.

Der circa 21 000 qm große auf der Buchhöhe gelegene Bauplatz wurde von der Stadt Donaueschingen unentgeltlich dem Verein Jugendhilfe Karlsruhe zu Eigentum überlassen. Leider sind zur Zeit keine Mittel vorhanden, um den großen Platz, dem schönen Bau entsprechend, anzulegen und mit gärtnerischem Schmuck zu versehen. Das Gelände hat großes Gefälle, umfangreiche Erdbewegungen waren nötig, um einigermaßen zu zeigen, wie die Anlagen, die Spielplätze für die Kinder, die Park- und Gartenanlagen später gedacht sind. Auch für die Einfriedigung fehlen die Mittel noch. Obelastenden Menschen wäre Gelegenheit geboten, dem zum Wohle unserer erholungsbedürftigen Kinder erstellten Bau durch tatkräftige Mithilfe zu einer würdigen Umgebung zu versehen.

Die Entwürfe und Pläne zum Bau des Kindersolbades wurden vom städtischen Hochbauamt Karlsruhe bearbeitet. Der

Vorstand des Hochbauamts, Vordirektor Reichel, ist der künstlerische Schöpfer der Pläne. Die Bautkosten belaufen sich ohne Inventar auf 457 000 M. Dierin sind die Kosten für die maschinellen Anlagen: Kochkücheneinrichtung, Wäschereianstalt, ein Bäder- und ein Speisefestzug enthalten.

Der Verein Jugendhilfe Karlsruhe, der das Karlsruher Kindersolbad Donaueschingen erstellen ließ, hat hierzu aus angesammelten Mitteln, von Sammlungen, Spenden und Erträgen von Wohltätigkeitsveranstaltungen 85 000 M. gegeben. Die städtische Sparkasse Karlsruhe stellte gegen 1. Hypothek 186 000 M. zu normalem Zinsfuß zur Verfügung, und die Stadtgemeinde Karlsruhe gab als 2. Hypothek zu ermäßigtem Zinsfuß 186 000 M. Der Verein Jugendhilfe brachte außerdem die Kosten für das Inventar mit circa 50 000 M. auf.

An der Ausführung der Bauarbeiten und Lieferungen waren zahlreiche Karlsruher und Donaueschinger Firmen und Handwerksmeister beteiligt.

Es ist uns ein Vergnügen, zum Schluß all denen zu danken, die dem Bau des Karlsruher Kindersolbades Donaueschingen Unterstützung zuteil werden ließen, sei es finanziell oder durch persönliche Mitarbeit. All unsern Wohlwählern ein aufrichtiges „Vergelt's Gott!“

Badischer Teil

50 Jahre Redartalbahn

Redargemünd-Eberbach-Jagstfeld

Vor fünfzig Jahren, am 24. Mai 1879, ist die Redartalbahn Redargemünd-Eberbach-Redargemünd-Jagstfeld eröffnet worden als zweite Verbindung des nördlichen Teiles der oberheinischen Tiefebene mit Württemberg, Mannheims mit Heilbronn.

Die erste Bahnverbindung zwischen diesen Haupthandelsplätzen Badens und Württembergs war seit 1840 über Redesheim entstanden. Baden hatte für diese erste Bahn das Redartal nur bis Redargemünd benützt und dann durch das Elsenzal und über die Wasserleiche zwischen Elsenz und Redar mit einer verlorenen Steigung von 117 Metern nach Jagstfeld weitergebaut; es hatte das Redartal vermieden, um nicht dessen Gefälle zu geben, die dem diesem Staat geplante heftige Odenwaldbahn von Darmstadt über Eberbach durch das Mümling- und Nierthal nach Eberbach anzuschließen, denn Baden befürchtete den Wettbewerb einer heftigen Odenwaldbahn im Verkehr zwischen Nord- und Süddeutschland und damit eine Schwächung der badischen Hauptbahn im Rheintal, ja sogar der geplanten badischen Schwarzwaldbahn. Hessen hielt aber beharrlich an seinem Ziel der kürzesten Verbindung mit Württemberg fest und bewilligte 1868 und baute 1870/71 die Strecke Darmstadt-Eberbach. Seinem Drängen schloß sich Eberbach an, das als einzige Stadt des Unterlandes noch keine Bahn hatte. Schließlich gab die badische Regierung nach, und der Landtag beschloß 1870 den Bau einer Bahn zwischen Redargemünd und Jagstfeld durch das Redartal. Dessen genehmigte hierauf 1875 das Schlußstück Eberbach-Eberbach der heftigen Odenwaldbahn, das 1882 eröffnet wurde.

Beim Bau der Redartalbahn war der Bau der Strecke unterhalb von Redargemünd wegen der vielen Talwindungen schwieriger als oberhalb. Denn drei von den 41 Kilometern der unteren Strecken liegen in sechs Tunnels. Von den Brücken ist die 150 Meter lange Redarbrücke oberhalb von Redargemünd die einzige zweistöckige Brücke Badens. Die 18 Kilometer lange obere Strecke Redargemünd-Jagstfeld bot aber in dem weiter geöffneten Tal geringere Schwierigkeiten als die untere Strecke. Der Bau begann am 6. Januar 1876 mit dem Feuerbergtunnel bei Hirschhorn und dauerte drei Jahre und fünf Monate. Die Kosten beliefen sich nicht ganz auf 17 Millionen Mark; trotz der vielen Kunstbauten kamen auf einen Kilometer der 58,8 Kilometer langen Bahn nur etwa 290 000 Mark.

Die Redartalbahn, die als reine Talbahn keine stärkeren Neigungen als 1:300 hat, nahm dem Odenwaldbahnähnlich Redargemünd-Asbach-Redargemünd (mit Neigungen bis 1:70) den Durchgangsverkehr nach Würzburg und der Strecke Redargemünd-Sinsheim-Jagstfeld (mit Neigungen bis 1:74) den nach Württemberg ab. Wenn die Schifffahrt auf dem Redar ruht, fällt ihr der beträchtliche Salzverkehr aus dem heftigen und württembergischen Salinen zu.

Aus den Parteien

In einer Landesausschussung des Handels- und Industriebeirats der badischen Zentrumspartei in Karlsruhe wurde einstimmig Dr. Sadelberger in Oflingen zum Landesvorsitzenden gewählt, zu Stellvertreter den Vorsitzenden wurden Generalrat Wenzinger, Karlsruhe, und Fabrikant Gerbrich, Forstheim, bestellt.

Das Mannheimer Theaterjubiläum

Für das 150jährige Jubiläum des Mannheimer Nationaltheaters haben sich u. a. folgende Ehrengäste angemeldet: Der Reichsminister des Innern, Severing; der badische Staatspräsident, Dr. Schmitt; der badische Kultusminister, Dr. Veer; der badische Minister des Innern, Dr. Kemmle; Staatsrat Marum, Karlsruhe, M. d. N. Aus dessen kommt Staatspräsident Ubelung, aus Württemberg der Kultusminister Bagille, aus Badenburger Staatsminister Dr. Freiherr von Reibnitz und aus der Pfalz der Präsident der Regierung, Dr. Pfalz. Der preussische Kultusminister läßt sich durch Ministerialreferent Dr. Seelig vertreten.

Des weiteren haben ihr Erscheinen zugesagt: Der Präsident des Deutschen Städtebundes, Dr. Oskar Muelert, Reichskunstmarschall Dr. Edwin Redslob; die Direktoren der badischen Hochschulen sowie eine Reihe von Oberbürgermeistern, unter ihnen die von Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt, Mainz, Lübeck, Saarbrücken und Kassel. Aus der Kunstwelt werden teilnehmen der Präsident des Deutschen Bühnenvereins, Staatsrat Dr. Horn, München; der geschäftsführende Direktor des Deutschen Bühnenvereins, Rechtsanwalt Wolff, Berlin; der Vizepräsident der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen, Otto, Berlin, sowie eine größere Anzahl von Intendanten und Theaterdirektoren. Die preussische Akademie der Künste wird durch eine Reihe prominenter Mitglieder vertreten sein.

Der endgültige Spielplan der Heidelberger Festspiele

Nachdem der mit der Schloßhofbearbeitung der „Agnes Bernauer“ beauftragte Direktor erklärt hat, daß die Bearbeitung erst in einigen Wochen vollendet sein wird, hat der Vorstand der Festspiele beschlossen, die Aufführung der „Agnes Bernauer“ auf das Jahr 1930 anzusetzen. Daraufhin wurde in der letzten, unter Vorsitz von Dr. Rudolf A. Goldschmidt abgehaltenen Sitzung nach eingehender Aussprache folgendes Programm für die Festspiele aufgestellt: Nachvorstellung im Schloßhof „Ein Sommernachtstraum“ von Shakespeare, mit

Musik von Krenek, „Troilus und Cressida“ von Shakespeare und „Florian Geier“ von Gerhart Hauptmann. Die Inszenierung im Schloßhof wird Gustav Hartung übernehmen. Für die Regie von „Florian Geier“ haben Hartung und Goldschmidt den Darmstädter Generalintendanten Prof. Karl Ebert verpflichtet. Gerhart Hauptmann tritt in das Regiekollegium ein und wird an der Probeaufführung zum „Florian Geier“ teilnehmen.

Der für den 20. Juli, abends 8.30 Uhr angezeigte Premiere des „Sommernachtstraum“, der in völlig neuer Fassung gespielt wird, geht um 5 Uhr nachmittags ein Festakt voraus. Auf diesem Festakt werden die Namen der drei Dichter verkündet, die von den Festspielen mit einem besonderen von Reich, Staat und Privaten ermöglichten Preis ausgezeichnet werden, und deren nächste Werke in den kommenden Festspielen hier uraufgeführt werden sollen.

„Iphigenie auf Tauris“ im Schwelinger Schloßgarten. Die in früheren Jahren so beliebten und erfolgreichen Freilichtaufführungen auf der Naturbühne beim Merkurtempel im Schwelinger Schloßgarten werden in diesem Jahre wieder aufgenommen. Zunächst gelangt am 1. und 2. Juni unter der Leitung von Direktor Anton Kohl vom Stadttheater in Stendal Goethes „Iphigenie auf Tauris“ zur Aufführung. Die Spielleitung hat Oberregisseur Ludwig Stielh.

Badisches Landesbühnen. In dem am Pfingstsonntag, dem 19. Mai, im Konzerthaus zur Erstaufführung kommenden Schwan! „Das goldene Kalb“ von Schwarz und Mathers handelt es sich um den lustigen Gemiestreich eines Gauners, der eine kleinfährige Spiegelfamilie dupliert, indem er sich für deren mit Schmutz erwarteten Erbkönig aus Amerika ausgibt. Diese Rolle wird von Paul Müller dargestellt. Neben ihm wirken in wichtigen Aufgaben die Damen Genet, Quaiser, Miller, Ziegler, und die Herren Bortfeldt, Gemmede, Herz, Höder und Kloebs mit. Die Regie führt Ulrich von der Trend.